

Stadt Regensburg, Postfach 110643, 93019 Regensburg

Umweltamt

Postzustellungsurkunde

Herrn

Sachbearbeitung  
Hausanschrift  
Zimmernummer  
Telefon  
Telefax  
E-Mail  
Öffnungszeiten

Fr. 08.30 – 12.00 Uhr

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom  
17.04.2021

Az., bitte bei Antwort angeben

Regensburg,  
25.06.2021

Vollzug des Gesetzes zur Verbesserung der gesundheitsbezogenen Verbraucherinformation (VIG);  
Bekanntgabe der Entscheidung über die Informationsgewährung;  
hier: [REDACTED]

Die Stadt Regensburg erlässt folgenden

Bescheid:

1. Dem Antrag vom 17.04.2021 auf Auskunft gemäß dem VIG betreffend [REDACTED] wird stattgegeben.

Die Informationsgewährung erfolgt in folgender Form:

- a) Bekanntgabe der Daten der letzten beiden lebensmittelrechtlichen Betriebsüberprüfungen.
- b) Herausgabe der entsprechenden Kontrollberichte, wenn Beanstandungen im Sinne von unzulässigen Abweichungen von den Anforderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB), der auf Grund des LFGB erlassenen Rechtsverordnungen und unmittelbar geltenden Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union im Anwendungsbereich des LFGB vorliegen.

Die Information wird **zehn Tage** nach Zustellung des Bescheids an den betroffenen Dritten<sup>1</sup> in Schriftform bekannt gegeben, sofern bis dahin keine gerichtliche Untersagung erfolgt ist.

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Schreiben ausschließlich die männliche Form verwendet. Sie bezieht sich auf Personen jeden Geschlechts.

2. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.

Gründe:

I.

Mit Email vom 17.04.2021 wurde ein Antrag auf Informationserteilung gemäß dem VIG betreffend den Betrieb [REDACTED], [REDACTED] gestellt.

Der Antragsteller begehrt folgende Informationen:

- Wann haben die letzten beiden lebensmittelrechtlichen Betriebsüberprüfungen im Betrieb stattgefunden?
- Kam es hierbei zu Beanstandungen? Falls ja, wird die Herausgabe der entsprechenden Kontrollberichte beantragt.  
Unter „Beanstandungen“ verstehe ich unzulässige Abweichungen von den Anforderungen des LFGB oder anderen geltenden Hygienevorschriften. Sollte es zu einer oder mehreren solchen Beanstandungen gekommen sein, beantrage ich die Herausgabe des entsprechenden, vollständigen Kontrollberichts – unabhängig davon, wie Ihre Behörde die Beanstandungen eingestuft hat (bspw. als „geringfügig“ oder „schwerwiegend“).

Der Antragseingang wurde mit Schreiben vom 21.04.2021 bestätigt.

Dem betroffenen Betrieb, dessen rechtliches Interesse durch den Ausgang des VIG-Verfahrens berührt wird, wurde mit Schreiben der Stadt Regensburg vom 02.06.2021 Gelegenheit gegeben, sich zu der geplanten Herausgabe der erbetenen Informationen zu äußern. Der Betroffene hat der Informationsgewährung zugestimmt.

II.

1. Die Stadt Regensburg ist zum Erlass dieses Bescheids sachlich und örtlich zuständig (§ 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b), § 4 Abs. 1 Satz 4 Nr. 2 VIG i. V. m. Art. 3 Abs. 2, Art. 21a Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz - GDVG; Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz - BayVwVfG).
2. Die Voraussetzungen zur Informationsgewährung sind erfüllt. Der Antragsteller ist anspruchsberechtigt und hat den Antrag weder zu unbestimmt noch rechtsmissbräuchlich gestellt. Des Weiteren sind die Informationen, zu denen der Antragsteller Zugang begehrt, vom Informationsanspruch nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VIG erfasst. Der Informationszugang ist auch nicht nach § 3 Satz 1 Nr. 2 VIG ausgeschlossen. Der beteiligte Dritte wird durch die Informationserteilung nicht in seinen Grundrechten verletzt.

2.1. Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für den Anspruch ist § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VIG. Demnach hat jeder Anspruch auf freien Zugang zu allen Daten über von den nach Bundes- oder Landes-

recht zuständigen Stellen festgestellte nicht zulässige Abweichungen von Anforderungen des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches und des Produktionssicherheitsgesetzes, der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen sowie unmittelbar geltender Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union im Anwendungsbereich der genannten Gesetze. Zudem erfasst sind Maßnahmen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit den genannten Abweichungen getroffen worden sind (Informationen), die bei einer Stelle im Sinne des Absatzes 2 unabhängig von der Art ihrer Speicherung vorhanden sind. Der Anspruch besteht nach § 2 Abs. 1 Satz 1 VIG insoweit, als kein Ausschluss- oder Beschränkungsgrund nach § 3 VIG vorliegt.

§ 40 Abs. 1 a LFGB ist im vorliegenden Fall nicht einschlägig. Der Informationsanspruch nach § 2 Abs. 1 VIG ist nicht durch andere Rechtsvorschriften im Sinne des § 2 Abs. 4 VIG ausgeschlossen. Die Vorschrift des § 40 LFGB stellt schon deshalb keine vorrangige, die Anwendung des § 2 Abs. 1 VIG ausschließende Rechtsvorschrift dar, weil sie nicht denselben Sachverhalt regelt. Während § 2 Abs. 1 VIG den Fall einer antragsgebundenen Informationsgewährung zum Gegenstand hat, betrifft § 40 LFGB die aktive staatliche Informationsgewährung. Diese beiden völlig verschiedenen Arten der Informationsübermittlung schließen die Übertragung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu § 40 Abs. 1 a LFGB auf die antragsgebundene Informationsgewährung nach dem VIG aus (BVerwG, Urteil vom 29.08.2019 – 7 CS 29.17). Das aktive Informationsverhalten des Staates verschafft den übermittelten Informationen breite Beachtung und gesteigerte Wirkkraft auf das wettbewerbliche Verhalten der Marktteilnehmer. Die Auswirkungen einer antragsgebundenen Informationsgewährung auf das Wettbewerbsgeschehen bleiben dahinter qualitativ und quantitativ weit zurück (BVerwG, Urteil vom 29.08.2019 – 7 CS 29.17). Der Umstand, dass die Auskunft im Internet veröffentlicht werden könnte, ändert nichts daran, dass es sich um eine antragsgebundene Informationsgewährung an eine Einzelperson handelt. Wie der Antragsteller mit den erhaltenen Informationen umgeht, bleibt grundsätzlich ihm überlassen und liegt außerhalb des behördlichen Verantwortungs- und Einflussbereichs. Dies gilt auch für das mögliche Einstellen der Kontrollberichte auf der Internetplattform „Topf Secret“, weil eine solche Publikation erkennbar keine staatliche Autorität in Anspruch nehmen kann. Die Plattform veröffentlicht zudem lediglich durch private Dritte zur Verfügung gestellte Dokumente und wird dadurch nicht selbst zu einer staatlichen Veröffentlichungsplattform (VGH München, Beschluss vom 07.08.2020 – 5 CS 20.1302).

## 2.2. Antragstellung

- 2.2.1. Die E-Mail vom 17.04.2021 stellt einen Antrag gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 VIG dar. Nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VIG hat jeder Anspruch auf freien Zugang zu allen Daten über festgestellte nicht zulässige Abweichungen von Vorschriften, die Erzeugnisse und Verbraucherprodukte betreffen. Die Antragstellung steht jedem ohne Darlegung eines Grundes offen. Antragsberechtigt sind sowohl natürliche als auch juristische Personen. Im vorliegenden Fall handelt es sich bei dem Antragsteller um eine natürliche Person. Es wurde der Zugang zu Daten angefragt, die nicht zulässige Abweichungen von Anforderungen des Lebensmittelgesetzbuches,

auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und unmittelbar geltenden Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union betreffen. Der Antragsteller begehrt Informationen bezüglich der letzten beiden lebensmittelrechtlichen Betriebsüberprüfungen sowie die Herausgabe der entsprechenden Kontrollberichte im Falle von Beanstandungen. Der Antragsteller war mithin antragsberechtigt.

2.2.2. Der vorliegende Antrag war darüber hinaus hinreichend bestimmt gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 VIG.

2.2.3. Es liegen keine Ablehnungsgründe nach § 4 Abs. 3 bis 5 VIG vor. Insbesondere handelt es sich nicht um einen missbräuchlich gestellten Antrag gemäß § 4 Abs. 4 VIG.

### 2.3. Informationserteilung

2.3.1. Die angefragten Daten liegen dem Umweltamt der Stadt Regensburg vor.

2.3.2. Der Informationserteilung stehen keine Ausschluss- und Beschränkungsgründe nach § 3 VIG entgegen. Insbesondere ist der Anspruch nicht wegen entgegenstehender privater Belange ausgeschlossen.

2.3.3. Im vorliegenden Verfahren waren Belange Dritter von dem Antrag auf Informationsgewährung betroffen. Deshalb wurde dem beteiligten Dritten, dessen rechtliche Interessen durch den Ausgang des Verfahrens berührt werden können, mit Schreiben der Stadt Regensburg vom 02.06.2021 Gelegenheit gegeben, sich zur geplanten Informationsherausgabe zu äußern (§ 5 Abs. 1 VIG). Der Betrieb stimmte der Informationsgewährung zu.

Der beteiligte Dritte erhält einen Abdruck dieses Bescheids.

### 2.4. Grundrechte

#### 2.4.1. Berufsfreiheit

Eine Verletzung der Berufsfreiheit im Sinne des Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz (GG) ist nicht gegeben. Die Berufsfreiheit vermittelt kein Recht des Unternehmens, nur so von anderen dargestellt zu werden, wie es gesehen werden möchte oder wie es sich und seine Produkte selber sieht (Zipfel/Rathke, VIG, Vorbemerkung, Rn. 18). Der Informationszugang nach dem Verbraucherinformationsgesetz ist trotzdem an Art. 12 Abs. 1 GG zu messen, da er direkt auf die Marktbedingungen individualisierter Unternehmen zielt, das Konsumverhalten von Verbrauchern beeinflussen und auf diese Weise mittelbar-faktisch die Markt- und Wettbewerbssituation zum wirtschaftlichen Nachteil der betroffenen Unternehmen verändern kann. Insoweit gilt für die Informationsgewährung nach dem VIG nichts Anderes als für die aktive staatliche Informationstätigkeit nach § 40 Abs. 1 a LFGB, die in ihrer Zielgerichtetheit und Wirkung einem Eingriff in die Berufsfreiheit gleichkommt

(BVerfG, Beschluss vom 21.03.2018 – 1 BvF 1/13). Jedoch sind die Unterschiede der Auswirkungen einer antragsgebundenen Informationsgewährung nach dem VIG und eines aktiven Informationsverhaltens des Staates nach § 40 Abs. 1 a LFGB hierbei zu berücksichtigen (vgl. hierzu Nr. 2.1). Zudem sind die geltenden Standards für § 40 Abs. 1 a LFGB nicht ohne Weiteres auf den VIG-Anspruch übertragbar (VGH Mannheim, Beschluss vom 13.12.2019 – 10 S 2614/19). Der Eingriff in die Berufsfreiheit wird somit vom Bundesverwaltungsgericht als gerechtfertigt angesehen, obwohl auch das Verbraucherinformationsgesetz die Schaffung einer informationellen Grundlage für eigenverantwortliche Kaufentscheidungen der Verbraucher zum Zweck hat (BVerwG, Urteil vom 29.08.2019 – 7 CS 29.17).

#### 2.4.2. Eigentumsfreiheit

Auch stellt die Informationserteilung keinen Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb im Sinne des Art. 14 Abs. 1 GG dar. Die Eigentumsfreiheit aus Art. 14 Abs. 1 GG schützt zwar den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb, jedoch nur insoweit, wie der Wettbewerb durch rechtliche Regeln mitbestimmt wird, die den Wettbewerb ermöglichen und begrenzen. Diese Regeln sind zugleich Inhalts- und Schrankenbestimmung der Eigentumsgarantie (BayVGH, Urteil vom 16.02.2017 – 20 BV 15.2208). Der Ruf des Unternehmens alleine ist nicht von Art. 14 Abs. 1 GG geschützt, da dieser lediglich Chancen und günstige Gelegenheiten am Markt vermittelt und zudem ständiger Veränderung unterworfen ist (VG Regensburg, Urteil vom 09.07.2015 – RN 5 K 14.1110). Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG schützt nur normativ zugeordnete Rechtspositionen, nicht aber das Ergebnis situativer Einschätzungen der Marktbeteiligten, auch wenn diese wirtschaftlich folgenreich sind.

- 2.5. Nach Abwägung beiderseitiger Interessen wird dem Antrag auf Informationsgewährung stattgegeben. Aufgrund der Drittbeteiligung wird die tatsächliche Informationserteilung vorerst zurückgestellt und dem beteiligten Dritten die Möglichkeit gegeben, seine Rechte im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes zu sichern. Aus diesem Grund wird dem Unternehmer diese Entscheidung gemäß § 5 Abs. 2 Satz 3 VIG bekannt gegeben. Die eigentliche Informationserteilung erfolgt nach Ablauf einer Frist von zehn Tagen nach Zustellung dieses Bescheids mit gesondertem Schreiben.
3. Gemäß § 5 Abs. 4 Satz 1 VIG haben Widerspruch und Anfechtungsklage in den in § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 VIG genannten Fällen keine aufschiebende Wirkung. Der Informationszugang darf jedoch erst erfolgen, wenn die Entscheidung dem Dritten bekannt gegeben worden ist und diesem ein ausreichender Zeitraum zur Einlegung von Rechtsbehelfen eingeräumt worden ist.
4. Für diesen Bescheid werden gem. § 7 Abs. 1 Satz 2 VIG i. V. m. Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 1 Kostengesetz (KG) und Nr. 7.IX.11/20.1.1 Kostenverzeichnis (KVz) keine Kosten erhoben; der Verwaltungsaufwand lag unter 1.000 Euro.

Hinweise:

- Falls im Rahmen der Informationsgewährung Kontrollberichte herausgegeben werden, werden die personenbezogenen Daten, die nicht die Lebensmittelunternehmer direkt betreffen, geschwärzt (Kontrollpersonal, Betriebspersonal etc.). Zudem werden alle Inhalte, die nicht dem Anwendungsbereich des VIG unterliegen, ebenfalls geschwärzt.
- Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass das VIG allein Auskunftsansprüche gegenüber Behörden umfasst, jedoch keine Aussage zur Zulässigkeit der Weiterverwendung der erhaltenen Informationen durch den Antragsteller trifft. **Ob und wie die Informationen weiterverwendet werden, liegt daher in alleiniger Verantwortung und alleinigem Risiko des Antragstellers. Bei Weitergabe oder Veröffentlichung der erhaltenen Informationen handelt der Antragsteller als Verantwortlicher im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO. Auch bei Name, Kontaktdaten und Unterschrift des Behördenmitarbeiters handelt es sich um personenbezogene Daten.**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** beim Bayerischen Verwaltungsgericht Regensburg, Haidplatz 1, 93047 Regensburg, **schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form erhoben werden. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Regensburg) und den Gegenstand des Klagebehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Die Klageerhebung in elektronischer Form per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).
- Kraft Bundesrecht wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

